

Sitzungsperiode 2023-2024  
Sitzung des Ausschusses III vom 9. November 2023

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 1501 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Wald und Natur in der Schule**

Bereits vor einigen Jahren gab es ein ziemlich konkretes Projekt für einen Waldkindergarten im Norden der DG. Vor den Wahlen 2019 wurden wir diesbezüglich kontaktiert und es gab eine öffentliche Vorstellung des Projekts.

Auch wenn kein neuer Kindergarten gegründet wurde, gibt es doch immer wieder waldpädagogische Aktivitäten, im Unterrichtswesen wie auch außerhalb.

Jüngstes Beispiel im Unterrichtswesen ist die Pflanzaktion im Josephine-Koch-Park. Rund 50 Schüler des Königlichen Athenäums Eupen und der *Ecole communale d'expression française* waren daran beteiligt.

Diese Projekte stellen interessante Ergänzungen des Unterrichts dar. Grundsätzlich ist es in der schnelllebigen Welt, in der wir leben, wichtig, auch immer wieder mal zur Ruhe zu kommen. Und das ermöglicht die Natur auf einer ganz besonderen Art. Daher begrüßen wir die naturpädagogischen Projekte ganz ausdrücklich und freuen uns auch über diese und ähnliche Ideen engagierter Bürger.

Meine Fragen diesbezüglich an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Inwiefern ermöglicht die aktuelle Gesetzgebung bereits engagierten Eltern und Pädagogen die Umsetzung eines vollumfänglichen Projekts Waldkindergarten, wie es vor einigen Jahren vorgestellt wurde?
2. Gab es für die Pflanzaktion im Josephine-Koch-Park eine Unterstützung seitens der DG, beispielsweise zur Finanzierung der Projektausgaben?
3. Welche naturpädagogischen Maßnahmen werden von der DG unterstützt?

• **Frage Nr. 1502 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu falschen Universitäten**

Immer wieder passiert es Studierenden, dass sie auf das Angebot nicht anerkannter Universitäten reinfallen. Studierende zahlen viel Geld, stehen aber am Ende mit einem nicht anerkannten Diplom oder sogar ganz ohne Diplom da.

Nach der FEF, der *fédération des étudiants francophones*, existieren allein in Belgien 81 dieser falschen Universitäten. Im speziellen Fall der DG sollten wir den Blick aber nicht nur ins Inland, sondern auch nach Deutschland, Luxemburg und in die Niederlande richten.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Es ist nicht akzeptabel, dass diese falschen Universitäten Geld auf dem Rücken unserer jungen Studierenden machen. Die aktuelle rechtliche Lage schützt unsere Studierenden aber nicht vor solchen Situationen.

Die Veröffentlichung einer Liste von falschen Universitäten würde hierbei für Abhilfe sorgen.

Auch die DG hat im vergangenen Maßnahmendekret verabschiedet, dass es keine Anerkennung mehr für Diplome von nicht anerkannten Universitäten gibt.

Daher unsere Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Ist die Regierung der DG gewillt, eine Liste mit ihr bekannten falschen Universitäten zu veröffentlichen, um die jungen Menschen in der DG zu schützen?
2. Wie geht die Verwaltung der DG bei Diplom-Anerkennungen vor?
3. Gab es bereits Kontakt zu Amtskolleg.inn.en im In- oder Ausland, um über dieses Thema auszutauschen?

• **Frage Nr. 1503 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Neuausrichtung der Ausbildung für pädagogische Führungskräfte**

Im April 2022 wurde dem Ausschuss die Neuausrichtung der Ausbildung für pädagogische Führungskräfte vorgestellt. Diese Ausbildung umfasst 16 Module für Teilnehmer mit pädagogischer Ausbildung und 19 Module für Teilnehmer ohne pädagogische Ausbildung. Die Module werden von externen Partnern, dem Ministerium und der AHS angeboten. Am 1. September 2023 sollte diese Neuausrichtung in Kraft treten.

Daher unsere Fragen an Sie Frau Ministerin:

1. Wie viele Personen haben die Ausbildung für pädagogische Führungskräfte begonnen?
2. Wie viele davon sind Teilnehmer ohne pädagogische Ausbildung?
3. Wie viele Personen befinden sich auf der Warteliste?

• **Frage Nr. 1504 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Entwicklung des sonderpädagogischen Förderbedarfs**

Auch in den vergangenen Jahren haben wir Ihnen immer wieder Fragen zum sonderpädagogischen Förderbedarf gestellt. Seit vielen Jahren erhöht die DG Regierung stetig die personellen Ressourcen im Bereich der Förderung. Dies mit dem Ziel, Kinder in den Klassen so gut unterstützen zu können, dass ein sonderpädagogischer Förderbedarf nicht mehr vergeben werden muss. Dieses Ziel wird allerdings nicht erreicht. Ganz im Gegenteil: Die Anträge für sonderpädagogischen Förderbedarf steigen immer weiter an. Seit Jahren kritisiert die Ecolo Fraktion die Pflasterlösung der Regierung. Mit der stundenweisen Hilfe, die die Schüler.innen erfahren, können Schulen die Probleme nicht an der Wurzel packen. Dadurch verpufft die Wirkung leider häufig wie der Tropfen auf dem heißen Stein - und das, obwohl sie die DG sehr viel Geld kosten!

Zusätzlich wird die Klassenleitung durch diese vereinzelt Hilfen kaum entlastet. Dem Förderpersonal kann man diese Tatsache nicht zum Vorwurf machen, denn auch diese Lehrpersonen empfinden diese Situation zum Teil als sehr unbefriedigend, da mit vereinzelt Stunden Unterstützung nicht viel bewegt werden kann. Seit Jahren fordert die Ecolo Fraktion eine ganz neue Verteilung dieser personellen Ressourcen.

Daher fragen wir Sie erneut:

1. Welche konkreten Maßnahmen verfolgt die Regierung, auch in Bezug auf die neue paragesellschaftliche Einrichtung für Förderpädagogik, um dem Trend des ständig wachsenden sonderpädagogischen Förderbedarfs entgegenzuwirken und personelle Ressourcen so zu verteilen, dass sie Wirkung zeigen können?
2. Wie beurteilen Sie die Entwicklung des sonderpädagogischen Förderbedarfs der letzten Jahre?

• **Frage Nr. 1505 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu multiprofessionellen Teams zur Förderung der mentalen Gesundheit**

Schulen sind schon lange kein Ort mehr, an dem sich nur Schüler, Lehrkräfte und das Sekretariat mit Direktion befinden. Die Schule ist als Ort mit allem konfrontiert, was die Menschen gerade umtreibt. Das macht deutlich, welche komplexen Herausforderungen Schulen jeden Tag zu meistern haben.

Diese Herausforderungen greift die Bildungsvision 2040 auf. Dies tut sie beispielsweise im Grundsatz zum Wohlbefinden der Lernenden und Lehrenden. Hier heißt es: "das gute körperliche und seelische Befinden der Lernenden steht in direktem Zusammenhang mit ihrem Bildungserfolg und ihrer Persönlichkeitsentwicklung." Es wird also deutlich, dass unsere Schüler:innen nur wirkungsvoll lernen und ihr Potenzial entfalten können, wenn ihre emotionale und soziale Verfassung im Gleichgewicht ist. Sie müssen sich in der Schule wohl fühlen, eine wertschätzende Beziehung zu den Lehrpersonen und den Mitschülern erfahren, eine positive Streitkultur entwickeln, lernen gewaltfrei zu kommunizieren, bei Schwierigkeiten zu wissen, wo sie Unterstützung erfahren, sich darauf verlassen können, dass die Schule ein Anti-Mobbing Konzept lebt uvm.

Wenn man sich die Gesamtheit an Herausforderungen, die eine Schule jeden Tag bewältigen muss, vor Augen führt, wird sehr schnell klar, dass Schulen Orte sein müssten, in denen multiprofessionelle Teams arbeiten. Lehrpersonen allein können sich nicht alle anderen fachlichen Expertisen auch noch aneignen. Die Anforderungen an Schulen gehen weit über das reine Unterrichten hinaus und die Aufgabe der Politik muss es sein, darüber nachzudenken, welche anderen Fachkräfte wir in Schulen eigentlich auch brauchen.

Daher unsere Fragen an Sie Frau Ministerin:

1. Welche personellen Veränderungen müssen in Schulen vorgenommen werden, damit diese die Möglichkeit haben, die Grundsätze der Bildungsvision 2040 umzusetzen?
2. Welche Fachkräfte, außer Pädagoginnen und Pädagogen, müssen in Schulen mitwirken, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen zu können?
3. Welche Rolle spielen multiprofessionelle Teams in der Bildungsvision 2040?

• **Frage Nr. 1506 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu den Gehaltsbaremen für Neueinsteiger und etablierte Fachkräfte im Unterrichtswesen**

Der allgegenwärtige Mangel an Fachkräften geht auch am ostbelgischen Bildungswesen nicht spurlos vorbei: Insbesondere der Lehrermangel stellt unsere Region vor wachsende Herausforderungen.

Ein Schlüsselreiz zur Bekämpfung dieses Problems besteht in der Aufwertung der Einstiegsgehälter. Allerdings dürfen dabei nicht die Belange und Interessen der bereits etablierten Lehrer außen vorgelassen werden.

Dazu meine Fragen:

1. Werden bei Anhebungen der Einstiegsgehälter für Lehrpersonal grundsätzlich auch die Löhne der bereits praktizierenden Lehrer entsprechend angehoben?
2. Besteht die Möglichkeit, dass infolge weiterer Einstiegsgehaltserhöhungen irgendwann vergleichsweise neues Personal mehr verdient als lange etablierte Fachkräfte?
3. Wann werden die Gehaltsbaremen des Lehrpersonals in der DG für die Bevölkerung öffentlich gemacht?

- **Frage Nr. 1507 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum DuO-Darlehen: Umgang mit Beschwerden aus der Bevölkerung**

Noch bis zum 15. November können Auszubildende in Mangelberufen das neu geschaffene Darlehenssystem DuO beantragen.

Und auch wenn die Idee grundsätzlich auf Zuspruch stößt, äußert die Bevölkerung immer wieder Kritik an der praktischen Umsetzung des Systems.

Uns sind Beschwerden von Auszubildenden zugetragen worden, die trotz Erlernen eines Mangelberufes nicht förderberechtigt sind, weil sie an einer frankophonen Bildungseinrichtung eingeschrieben sind.

Kurioserweise benachteiligt DuO in seiner gegenwärtigen Form damit gerade jene jungen Leute, die über den deutschsprachigen Tellerrand hinausschauen und durch ein Studium in der Wallonie aktiv ihr Französisch fördern wollen.

Für die CSP-Fraktion kommen diese Einwände wenig überraschend: Immerhin mahnten wir bereits bei der Verabschiedung des Dekrets im Juni, dass die Regierung „mit heißer Nadel gestrickt habe“ und dass eine längere Bearbeitungszeit zu einem ausgewogeneren, effektiveren und besseren System geführt hätte.

Dazu meine Fragen:

1. Sind Ihnen, als Bildungsministerin, vergleichbare Beschwerden über die Modalitäten der praktischen Anwendung des DuO-Darlehens zugetragen worden?
2. Wie geht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegenwärtig mit entsprechenden Beschwerden um?
3. Inwiefern ist eine Ausweitung des DuO-Darlehens auf Ausbildungen im belgischen Inland und dem benachbarten Ausland langfristig vorgesehen?

- **Frage Nr. 1508 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Bilanz der Online-Umfrage zur Schule der Zukunft**

Im Kontext der Bildungsvision 2040 fand vom 4. bis zum 27. Oktober eine groß angelegte und intensiv beworbene Online-Umfrage zur Schule der Zukunft statt.

Teilnehmen konnten neben Schülern, Eltern und dem Lehrpersonal auch interessierte Bürger.

Dazu meine Fragen:

1. Wie viele Personen haben sich je Gruppe an der Onlineumfrage beteiligt?
2. Wie wurden die Themenschwerpunkte, die Teil der Umfrage waren, erstellt?
3. Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Erhebung ziehen?

- **Frage Nr. 1509 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Gleichstellung dualer Abschlüsse**

Im Mai 2022 verkündete Ihr Parteikollege Ministerpräsident Oliver Paasch, dass die DG duale Abschlüsse aufwerten möchte, indem künftig ein Gesellenzeugnis mit dem Abitur und ein Meisterbrief mit einem Bachelordiplom gleichgestellt werden soll.

Seit dieser Ankündigung sind nunmehr 18 Monate vergangen, weshalb ich Sie, Frau Bildungsministerin, um die Beantwortung der folgenden Fragen bitte.

1. Wie ist der aktuelle Sachstand in den beschriebenen Gleichstellungsplänen?
2. Bis wann plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Gleichstellungen zu vollziehen?
3. Welche konkreten Unterschiede macht die Gleichstellung konkret?

• **Frage Nr. 1510 von Frau Neycken-Bartholemy (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Unterstützung der DG für die Schulen in Ostbelgien im Rahmen des Konflikts zwischen Israel und Palästina**

Bereits vor über einem Monat gab es eine dramatische Eskalation des Konflikts zwischen Israel und Palästina. Vor fast einem Monat konnte der Presse entnommen werden, dass von den Lehrern „Wunder“ erwartet würden.

Auch wenn ich diesen letztgenannten Gedanken der französischsprachigen Presse entnehme, kann man ihn in ähnlicher Weise auf die DG-Schulen übertragen.

Denn unsere Lehrer sind ebenso wenig Experten in internationaler Politik oder in bewaffneten Konflikten. Und sie werden mit den gleichen oder ähnlichen Fragen konfrontiert.

Diese wären beispielsweise „Was ist die Hamas?“ oder einfach „Warum ist da ein Krieg?“. Inzwischen können noch Fragen hinzukommen wie: „Warum bombardierte Israel eine Schule?“

Dass die Diskussion über das Thema auch in Ostbelgien stattfindet ist ein Fakt. Und dass die Schüler sich mit gesellschaftlichen Themen befassen, ist gut. Jedoch müssen Lehrpersonen bei komplexen und zum Teil hochemotionalen Themen inhaltlich und vielleicht auch darüber hinaus Unterstützung erhalten.

Meine Fragen diesbezüglich an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Inwiefern hilft die DG den Lehrpersonen, mit solchen Fragen umzugehen?
2. Gab es diesbezüglich konkrete Anfragen von Unterrichtspersonal an Sie oder an das Ministerium?

• **Frage Nr. 1511 von Frau PIRONT (PFF) an Ministerin KLINKENBERG zur Einführung des sozialen Bachelors an der AHS**

Erlauben Sie mir zuerst, die Einführung des sozialen Bachelors an der Autonomen Hochschule Ostbelgiens (AHS) zu begrüßen.

Dies ist zweifellos ein wichtiger Schritt für unsere Gemeinschaft und wird einen erheblichen Mehrwert für unsere Region schaffen. Das Maßnahmendekret 2023, das diese Einführung ermöglicht hat, verdient ebenfalls Anerkennung für seine Weitsicht und seine positive Auswirkung auf die Bildung in unserer Gemeinschaft.

Es ist unbestreitbar, dass ein zusätzlicher Bachelorstudiengang in unserer Gemeinschaft von großer Bedeutung ist. Insbesondere im Bereich der Sozialarbeit, der eine entscheidende Rolle in unserer Gesellschaft spielt, können gut ausgebildete Fachleute einen nachhaltigen Einfluss auf das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben.

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten wertvolle Dienste, indem sie Hilfe und Unterstützung für diejenigen bereitstellen, die sie am dringendsten benötigen, und damit eine gesündere und stabilere Gemeinschaft fördern.

Ich möchte jedoch eine Frage ansprechen, die im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Studiengangs aufgetreten ist. Trotz der Freude über den neuen Studiengang haben einige Vertreter der AHS Schwierigkeiten, die zusätzlichen Studenten unterzubringen. Es gäbe nämlich nicht genügend Räumlichkeiten, um die zusätzlichen Studierenden angemessen unterzubringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Fragen stellen:

1. Sind die Probleme hinsichtlich der Räumlichkeiten für die zusätzlichen Studierenden an der AHS bekannt?
2. Existieren bereits Lösungsansätze für dieses Problem?
3. Falls bereits konkrete Räumlichkeiten identifiziert wurden, könnten Sie bitte detaillierte Informationen darüber bereitstellen, wo sich diese befinden und wie sie für die Studierenden zugänglich sein werden?